

Beschluss

Haushalt für alle! – SPD muss auf Nachbesserungen drängen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.10.2025
Tagesordnungspunkt: 11 Antragsberatung

Antragstext

1 Haushaltsverhandlungen bedeuten, dass tausende und sogar Millionen von Euro von
2 einem Haushaltsposten zum anderen geschoben werden. Was sich an vielen Stellen
3 sehr trocken anhört, ist die weitreichendste politische Entscheidung, die der
4 Thüringer Landtag in diesem Jahr treffen wird. Denn der Ausgang der
5 Verhandlungen für den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 hat konkrete
6 Folgen weit über diese zwei Jahre hinaus. Er gibt die politische Richtung der
7 Brombeer-Koalition in den kommenden Jahren vor und offenbart die politischen
8 Prioritäten. Als Jusos können wir uns nicht darauf ausruhen, Kürzungen zu
9 verhindern. Bei steigender Inflation und Tarifierung bedeutet die fehlende
10 Erhöhung von Haushaltsmitteln in einem bestimmten Bereich insbesondere bei der
11 Förderung von Personalkosten wie im Jugend- und Sozialbereich in Wirklichkeit
12 eine Kürzung der realen Leistungen und Mittel. Die geplante sogenannte "globale
13 Minderausgabe" entfaltet zudem eine verheerende Wirkung: 210 Millionen Euro
14 sollen am Jahresende im Haushalt eingespart werden, aber der
15 Haushaltsgesetzgeber sagt nicht wo. Das ist nicht nur unseriös und politisch
16 feige, es bedeutet auch eine erhebliche Unsicherheit für Fördermittel. Ob diese
17 tatsächlich durch das jeweilige Ministerium bewilligt werden oder nicht, ist
18 dann trotz Beschluss des Haushalts weiter unklar. Die notwendige
19 Planungssicherheit für Vereine und Verbände sieht anders aus!

20 **Geld in die Kommunen, aber richtig!**

21 Wir lehnen in der derzeitigen Form das geplante kreditfinanzierte
22 Investitionsprogramm über 1 Mrd. Euro das Kommunal-Invest-Programm für alle
23 Thüringer Gemeinden ab. Teilweise reden wir hier für Klein- und Kleinstgemeinden
24 von maximal 20 Tsd. Euro. Damit wird praktisch keine Investition in die Zukunft
25 möglich sein, hier wird Geld eher verbrannt. Mit solch kleinen Beträgen lassen
26 sich vor Ort keine sinnvollen Projekte realisieren. Es handelt sich lediglich um
27 Symbolpolitik. Hier wäre es sinnvoller, über einen Fonds umfassende
28 Zukunftsprojekte zu finanzieren. Stattdessen wird das Geld so kleinteilig
29 aufgeteilt, dass zwar jeder etwas vom Kuchen abbekommt, aber trotzdem niemand
30 satt wird. Dafür sind die Stücke schlichtweg zu klein.

31 Wir Jusos Thüringen halten diese Entscheidung für verfehlte Haushaltspolitik.
32 Nicht, weil wir nicht jeder Gemeinde mehr finanzielle Spielräume gönnen und
33 wünschen, sondern weil es sich hierbei nicht um eine zielgerichtete, nachhaltige
34 und damit sinnvolle Aufnahme von Schulden handelt. Wenn diese Entscheidung durch
35 den Thüringer Landtag getroffen wird, wird dies die finanziellen Möglichkeiten
36 der Landesregierung in den kommenden Jahrzehnten massiv einschränken und unter
37 anderem die Debatten über Kürzungen im sozialen Bereich weiter anheizen. Als

38 Jusos Thüringen begrüßen wir grundsätzlich Investitionen und insbesondere auch
39 die Aufnahme von dafür benötigten Schulden, um die notwendigen, zielgerichteten
40 und sinnvollen Maßnahmen umsetzen zu können. Diese durch die Landesregierung im
41 Haushaltsentwurf veranschlagte Aufteilung der Investitionsmittel und die dafür
42 benötigte Verwendung von Mitteln halten wir für unseriös und lehnen sie daher
43 ab.

44 **Keine Kürzungen bei Präventions- und Beratungsarbeit!**

45 „Ein Haushalt, der in die Zukunft investiert“ - damit bewirbt Mario Voigt den
46 aktuellen Haushaltsentwurf. In der Zukunft, in der Mario Voigt lebt, scheinen
47 Förderprojekte zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTIQ* und
48 Antidiskriminierungsarbeit keinen besonderen Stellenwert mehr zu haben. So sieht
49 der Entwurf in diesen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen - von einem sowieso
50 schon nicht ausreichenden Niveau - immense Kürzungen von 180.000 Euro in 2026
51 und weitere Kürzungen vor. Damit stehen wichtige Projekte vor ihrem finanziellen
52 Ende, Aufklärungs- und Bildungsarbeit werden verhindert, Schutzräume geschwächt
53 und Beratungsstrukturen, wie etwa *elly*, die Beratungsstelle gegen HateSpeech,
54 der eine Kürzung um 85.000 Euro droht, destabilisiert und die gesellschaftliche
55 Vielfalt zum haushaltspolitischen Spielball gemacht.

56 Die Brombeer-Regierung sendet unterschiedliche politische Signale, so auch an
57 dieser Stelle. So sollen die Mittel für *elly* 2027 wieder um 76 Tsd. Euro
58 ansteigen. Damit liegt man noch nicht wieder beim derzeitigen Stand. Eine
59 politische Lenkungswirkung lässt sich durch dieses Kürzen und dann wieder
60 Erhöhen des Budgets unserer Meinung nach nicht erkennen, vielmehr wirken die
61 Zahlen gewürfelt.

62 Wir fordern, dass die Mittel für die Beratungsstelle *elly* im Doppelhaushalt auf
63 dem derzeitigen Stand inklusive Inflationsbereinigung gesetzt werden. Solange
64 politische Entscheidungsträger es nicht schaffen, wirksame Regelungen zur
65 Verhinderung von Hatespeech im Netz zu implementieren, ist es unsere Aufgabe,
66 die Betroffenen zumindest zu unterstützen. Dafür sind ausreichend finanzielle
67 Mittel unerlässlich. Es kann nicht sein, dass eine Schutzpflicht weggespart
68 wird!

69 Wir sagen deutlich: An diesen wichtigen Unterstützungsstrukturen darf nicht
70 gekürzt werden. Förderung von zivilgesellschaftlicher Vielfalt und Engagement
71 darf nicht eingestellt werden. Es wäre ein fatales Signal. Für uns als Jusos ist
72 klar: Demokratie ist kein Luxus, sondern öffentliche Daseinsvorsorge für eine
73 freie Gesellschaft. Deswegen fordern wir die Rücknahme der Kürzungen und die
74 Verstetigung auf das Niveau des Vorjahres zuzüglich eines angemessenen
75 Inflationsausgleichs, damit Beratungsangebote, Koordinierungsstellen und die
76 demokratiefördernde Infrastruktur zuverlässig arbeiten können.

77 **Gegen das Zwei-Klassen-Bildungssystem!**

78 Die Landesregierung kümmert sich - jedenfalls laut der Haushaltszahlen - lieber
79 um Privatschulen als um die öffentlichen Schulen, für die sie direkte
80 Verantwortlichkeiten trägt. Es kann nicht sein, dass die Schulen in freier
81 Trägerschaft jedes Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen vom Land bezuschusst
82 werden, während dringend benötigte Investitionen in den öffentlichen Schulen auf
83 sich warten lassen. Darüber hinaus plant die Landesregierung eine weitere
84 Erhöhung der Zuschüsse um 26 Mio. Euro im kommenden Jahr und weitere 9 Mio. Euro
85 in 2027. Hier werden weitere Anreize für ein Zwei-Klassen-Bildungssystem

86 geschaffen, welches wir grundsätzlich ablehnen. Freie Schulen dürfen nicht
87 besser gestellt werden als öffentliche Schulen. Steuergelder müssen für mehr
88 Investitionen in die beste öffentliche Bildung eingesetzt werden. Wir erwarten
89 hier eine deutliche Korrektur durch die SPD-Fraktion in den kommenden
90 Haushaltsverhandlungen.

91 Stattdessen braucht es Mittel für die Schaffung und Ausfinanzierung eines
92 Kindergartentransformationsfonds.

93 **Keine Kürzungen bei Arbeit und Jugend!**

94 Außerdem wird das Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ um 3 Mio. Euro, also
95 nahezu 30 % eingekürzt. Das halten wir bei einer schwierigen
96 Arbeitsmarktsituation für schlichtweg unverantwortlich. Wir erwarten, dass die
97 SPD hier ihrer Selbstbeschreibung als Partei der Arbeit gerecht wird und sich
98 mindestens für einen Erhalt der Finanzmittel in der jetzigen Höhe einsetzt.

99 Wir erwarten außerdem echte finanzielle Unterstützung zum Erhalt von Strukturen
100 im ländlichen Raum und die finanzielle Unterstützung von jungen Menschen. Wir
101 nehmen es nicht mehr länger hin, dass Jungsein und sich in der Ausbildung
102 befinden ein Armutsrisiko ist. Deswegen müssen jetzt die finanziellen Mittel
103 eingestellt werden, um unter Beteiligung der Betriebe ein Azubi-Ticket für
104 Thüringen einzuführen.

105 In Thüringen ist die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss besonders
106 hoch. Die CDU sagt immer wieder, dass sie hier Verbesserungen erzielen will.
107 Eine Maßnahme dafür wäre, die Schulsozialarbeit in Thüringen zu stärken. Der
108 vorgelegte Haushalt sieht hier jedoch sogar eine Kürzung vor. Hierbei handelt es
109 sich zwar praktisch „nur“ um eine Kürzung um 400 Tsd. Euro, wenn man jedoch die
110 regulären Lohnsteigerungen berücksichtigt, ist diese Kürzung für die nächsten
111 zwei Jahre ziemlich dramatisch. Vor allem, da alle Studien und auch in allen
112 politischen Sonntagsreden immer darauf hingewiesen wird, wie wichtig
113 Schulsozialarbeit ist. Besonders vor dem Hintergrund, dass es bisher
114 Schulsozialarbeit nur für jede zweite Schule in Thüringen gibt, braucht es mehr
115 Geld des Landes zum Ausbau der Schulsozialarbeit.

116 Darüber hinaus fordern wir die Schaffung neuer Stellen im Thüringer
117 Studierendenwerk, um die derzeitigen jahrelangen Wartezeiten auf die Bewilligung
118 oder Ablehnung eines Bafög-Bescheids zu beenden. Wir fordern die SPD-Fraktion
119 auf, sich dafür vehement einzusetzen.

120 **Abschiebehaft - ein Prestigeprojekt ohne Nutzen**

121 Die Brombeerregierung hat sich die Einrichtung einer eigenen
122 Abschiebehaftanstalt zu ihrem zweifelhaften Prestigeprojekt gemacht. Als Jusos
123 lehnen wir Abschiebehafteinrichtungen grundsätzlich ab. Dazu kommt, dass
124 angesichts des rückläufigen und sowieso schon bundesweit verhältnismäßig
125 geringen Migrationsaufkommens die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung
126 insgesamt in Frage steht. Doch nun werden 1,8 Mio. Euro jährlich für diese
127 Einrichtung verschwendet, anstatt - wie es die vorangegangenen Landesregierungen
128 getan haben - für deutlich weniger Geld Plätze in anderen Bundesländern
129 anzumieten. Es handelt sich hierbei ausschließlich um populistische
130 Schaufensterpolitik, die keinen Mehrwert bietet.

131 **Ankerzentren statt Integration**

132 Neben der Schaffung einer Abschiebehaftanstalt hat die Brombeer-Regierung es
133 sich zur Aufgabe gemacht, die Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen zu faktischen
134 Ankerzentren auszubauen. Dies kostet uns im nächsten Jahr 10 Mio. Euro und 2027
135 sogar 20 Mio. Euro. Zusätzlich dazu fallen für die Bewirtschaftung und Anmietung
136 dieser neuen Gebäude über 100 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre an. Das ist
137 nicht weniger als aberwitzig, da sich zum Beispiel die derzeitige Einrichtung in
138 Eisenberg in Landesbesitz befindet und erst im Jahr 2024 4,8 Mio. Euro für eine
139 Erweiterung ausgegeben wurden. Damit das menschenfeindliche Asylsystem ausgebaut
140 werden kann, fehlen die Gelder, um in Projekte zu investieren, die ein gutes
141 Ankommen für Geflüchtete in Thüringen und eine nachhaltige Integration
142 ermöglichen. Deshalb plant die Landesregierung Kürzungen in der Sozialberatung
143 und bei Integrationsprojekten in Höhe von sechs Mio. Euro. Damit verkennt die
144 Brombeer-Koalition die Notwendigkeit von Integration in den Freistaat, die sich
145 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der immer weniger werdenden
146 Bevölkerung in Thüringen weiter verschärft. Es braucht junge Menschen in
147 Thüringen, und Migration ist dafür ein Mittel. Wenn die Landesregierung ihren
148 Kurs aber beibehält, dann sieht die Zukunft des Freistaats wortwörtlich alt aus.

149 Gleichzeitig setzt die Brombeere somit ohne Not AfD-Politik um und liefert den
150 Faschist:innen Auftrieb. Dabei war es doch einst einmal das Ziel und Zweck der
151 Regierung, eine Koalition zu bilden, um die AfD von den Hebeln der Macht
152 fernzuhalten. Dieser Aufgabe muss die Koalition nachkommen, ansonsten stellt
153 sich die Frage nach der Grundlage der Regierung.

154 Wir fordern insbesondere die SPD-Landtagsfraktion und die Minister:innen der SPD
155 in der Landesregierung dazu auf, sich gegen diese Pläne auszusprechen.

156 **SPD muss rote Linien ziehen!**

157 Dieser Haushaltsentwurf enthält viele Punkte, die die SPD Thüringen nicht
158 mittragen kann und darf. Gleichzeitig fehlt die deutliche Spur eines
159 sozialdemokratischen Stempels in diesem Haushalt. Die mit dem Doppelhaushalt
160 vorgezeichnete politische Schlagrichtung und die offenbarten
161 Schwerpunktsetzungen lehnen wir Jusos Thüringen ab und erwarten von der SPD-
162 Fraktion deutliche Nachbesserungen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der
163 Kompromissfindung in Haushaltsverhandlungen, insbesondere mit diesen beiden
164 Koalitionspartnern, bewusst. Dennoch appellieren wir an die SPD-Fraktion im
165 Landtag, sich gemeinsam mit der Fraktion der Linken als einziger demokratischer
166 Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag für die Stärkung sozialpolitischer und
167 gemeinwohlorientierter Projekte einzusetzen. Es darf kein weiteres Geld für
168 sinnlose populistische Prestigeprojekte geben! Das Geld muss dort ausgegeben
169 werden, wo es wirklich gebraucht wird: für Projekte, die das Leben der
170 Thüringer:innen tatsächlich verbessern.

171 Wir fordern die SPD-Fraktion dazu auf, auf die Linke zuzugehen und gemeinsam für
172 einen Haushalt mit deutlicher sozialer Handschrift zu kämpfen. Nicht nur, weil
173 das gebraucht wird, sondern auch, weil nur das der Weg sein kann, um
174 sicherzustellen, dass der Haushalt die benötigte Mehrheit unter den
175 demokratischen Fraktionen im Landtag findet. Eine Verabschiedung des Haushalts
176 mit den Stimmen der faschistischen AfD darf es nicht geben - das einzuhalten,
177 muss zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Sollte es doch dazu kommen, muss
178 das zur Konsequenz haben, dass die SPD die Koalition unverzüglich verlässt.